



Ausgabe 4/2008  
19. September 2008

## Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

### Personalsituation bei Politik angekommen Von Peter Schall, stv. Landesvorsitzender



München - (gdp) Wie der einsame Rufer in der Wüste fühlte sich die GdP, wenn sie bei der Politik die ungenügende Personalausstattung der

Basis-Dienststellen anmahnte. Darum freut es uns umso mehr, dass nun dieses Thema auch in der Öffentlichkeit angekommen ist. Dass die Situation dramatisch ist, zeigt die Tatsache, dass sich inzwischen selbst Dienststellenleiter „aus der Deckung wagen“ und öffentlich Personalnot bekennen. Zwar argumentieren Ministerpräsident Dr. Beckstein und sein Innenminister gerne, die Polizei hätte noch nie soviel Personal wie heute gehabt, doch dies entspricht nicht den Fakten. Der Spitzenstand mit 33.314 Sollstellen bei Bayerns Polizei war im DHH 2005/2006, aktuell sind wir bei 32.666 Beamten und damit fast wieder beim Stand aus dem Haushaltsjahr 1995 (damals 32.606); diese Zahlen stammen aus den Haushaltsplänen des Finanzministeriums.

V.i.S.d.P.:  
Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Bayern  
Satz und Layout: Markus Wimmer  
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de  
Telefon: 089/578388-50  
Telefax: 089/578388-9050

[www.gdpbayern.de](http://www.gdpbayern.de)

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Bayern  
Hansastraße 17, 80686 München

Doch Sollstellen sind das eine, die Ist-Stärke das andere und jeder polizeiliche Praktiker kennt die Problematik der Abordnungen zu allen möglichen Sondereinheiten der Bayer. Polizei, so dass durchschnittlich bis zu 25 % des an sich vorhandenen Personals eben nicht bei der Stammdienststelle seinen Dienst leistet. Dann gehen noch die ganzen Sonderfunktionen weg und auch Teilzeitkräfte sowie die leider nur noch eingeschränkt Schichtdiensttauglichen werden auf dem Papier als volle Kraft geführt, stehen aber leider nicht voll zur Verfügung.

Dazu kommt die Zuwanderungsproblematik in Ballungsräumen, wo sich die Bevölkerung mancher Gemeinde in den letzten 30 Jahren verdoppelt hat, ohne dass die Polizei entsprechend verstärkt wurde. Auch die inzwischen völlig veränderte Sozialstruktur (wie Anonymisierung der Gesellschaft und Migrantproblematik) ist bei der Berechnung des Personals nicht berücksichtigt. Schon 1992 wurde aufgrund der geänderten Datenlage eine Sollstärkenberechnung mit hohem Aufwand durchgeführt, leider wurden die damaligen Erkenntnisse nicht umgesetzt und die Entwicklung in den bayerischen Regionen ist seither noch weiter auseinandergedriftet. Zudem sind gegenüber 1995 neue Kriminalitätsphänomene zu bekämpfen, man denke nur an die Bereiche Internet- und Bandenkriminalität, die hohe

Personalressourcen binden, von der Terrorbekämpfung ganz zu schweigen. Aufgrund der prekären Lage hat die GdP für den Doppelhaushalt 2009/2010 je Haushaltsjahr zusätzliche 500 Sollstellen gefordert. Dabei ist die ungünstige Altersstruktur Bayerns Polizei noch gar nicht berücksichtigt, deshalb sind die nun vom Innenminister verkündeten zusätzlichen 200 Stellen wirklich nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Die Thematik ist der GdP Bayern zu wichtig, um sie jetzt im Wahlkampf zu zerreiben. Die GdP wird daher bei den Beratungen zum kommenden Doppelhaushalt mit allen im Landtag vertretenen Fraktionen Gespräche führen und dabei auf die inzwischen prekäre Personalsituation bei Bayerns Polizei hinweisen und auf zusätzliche Stellen dringen.

### LED LENSER® P7

Zum sensationellen Preis von **nur 49,50 € + 05,00 € Versandkosten**. Erhältlich beim **Sozialwerk der GdP Bayern**. Bei Bestellung von 6 Lampen versandkostenfrei. Solange der Vorrat reicht.

Die LED LENSER® P7 ist für Profis und Anwender mit höchsten Ansprüchen konzipiert worden. Sie ist mit den Linsen des Advanced Focus Systems und dem Fokussiermechanismus des neu entwickelten Speed Focus ausgestattet. Die Lichtleistung ist 3 bis 4 mal so hoch wie die einer herkömmlichen schweren Stabschenlampe mit Glühbirne\*. Sie wählen zwischen bühnenartigem, kreisförmigen Licht oder bis zu 500 Meter weit reichendem, scharf fokussiertem Licht. Die Lampe ist modular konzipiert, mit einem dynamischen Switch ausgestattet (wichtig für Polizei und Armee) und hat 3 Helligkeitsstufen. Eine preiswerte Batterie-Ladung garantiert (in der Stromsparstufe) bis zu 130 Stunden Licht\*. Mit der LED LENSER® P7 erwerben Sie die beste Lampe, die die LED LENSER® - Lichtforschung heute zu bieten hat.

**Mitglieder.Sparen.Einfach.**  
089/57 83 88 28 • [www.swbayern.de](http://www.swbayern.de)

Mitgliederservice der GdP  
Sozialwerk der GdP Bayern GmbH

Hansastraße 17/1 | Telefon 089 / 57 83 88 28  
80686 München | Telefax 089 / 57 83 88 23  
[www.swbayern.de](http://www.swbayern.de) | Email [info@swbayern.de](mailto:info@swbayern.de)



## Darf Beckstein das?



München - (gdp) „Darf Beckstein das?“, fragt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Harald Schneider, angesichts der Großflächenplakate der CSU im bayerischen Landtagswahlkampf. Bei der GdP sind in den letzten Tagen mehrere schriftliche und mündliche Anfragen aufgelaufen. Die Anfragen von Bürgern, anderen Landtagskandidaten und den Medien beziehen sich auf die rechtliche Zulässigkeit dieser Wahlwerbung. Die Meinung einiger Fragesteller ist, dass hier die Polizei zu Wahlkampfzwecken missbraucht wird. Harald Schneider, selbst Landtagskandidat der SPD in Bayern, sieht die Sache nicht so verbissen. Allerdings möchte er eine rechtliche Klärung herbeiführen und hat aus diesem Grund eine schriftliche Anfrage an Innenminister Herrmann gerichtet. Es geht ihm auch um die Chancengleichheit aller wahlkämpfenden Polizeibeamten in Bayern. Insgesamt kandidieren bayernweit mindestens zehn Polizeibeschäftigte nahezu aller Parteien um den Einzug in den Landtag. Auch ihnen müsste die Chance gegeben werden mit der Polizei in Uniform Werbung machen zu können. Harald Schneider rechnet nicht damit vor der Landtagswahl noch eine Antwort aus dem Innenministerium zu erhalten, will dies jedoch auf alle Fälle für zukünftige Wahlkämpfe geklärt wissen.

## Steigende Fallzahlen beim Widerstand

München - (gdp) Nur mit Zustimmung kann man die Aktionen der DPoIG versehen, wenn es darum geht, etwas gegen die in den letzten Jahren dramatisch ansteigenden Fallzahlen beim Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zu unternehmen. Allerdings ist es nicht so, dass die GdP hier nicht aktiv wäre. Bereits seit mehr als zwei Jahren weist unser Bundesvorsitzender Koni Freiberg bei jeder passenden Gelegenheit auf diese dramatische Entwicklung hin und fordert Politik und Gesellschaft auf, etwas gegen die steigende Gewalt gegenüber Polizeibeamten zu unternehmen. Immer mehr Kollegen und Kolleginnen werden beim Einsatz verletzt, neben dem allgemeinen Werteverfall ist hier auch die ständige Verfügbarkeit von Alkohol das Problem. (In der „Deutsche Polizei“ ist hier mehrfach berichtet und sind entsprechende Kommentare von Koni Freiberg veröffentlicht worden. Die GdP Bayern hat hier nichts versäumt, denn eine notwendige Verschärfung des Strafrahmens ist Sache des Bundes. Zudem hat die GdP Bayern in verschiedenen Gesprächen die Politik darauf hingewiesen, dass die Aufhebung der Sperrstunde ein politischer Fehler war. Personen, die vom Alkohol noch nicht genug haben, haben nun – auch dank der rund um die Uhr geöffneten Tankstellen – die Möglichkeit, sich bis über Oberkante Unterlippe voll zu saufen, was dann regelmäßig mit Randalen und Raufereien endet. Taucht dann die herbeigerufene Polizei auf, endet die geplante Identitätsfeststellung regelmäßig mit Widerstand, dann notwendiger Ingewahrsamnahme und Blutentnahme. Alleine 2007 leistete die GdP Bayern in 162 Fällen Rechtsschutz zur Durchsetzung von Schmerzensgeldansprüchen – der eigentlich gesetzlich mögliche dienstliche Rechtsschutz ist in keinem uns bekannten Fall zur Anwendung gekommen. Im Gegenteil: Da sich mehrfach polizeibekannte Täter im Regelfall mit Gegenstrafanzeigen wegen angeblicher Kör-

perverletzung im Amt nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ zur Wehr setzen, kommen auf den betroffenen Kollegen/-in noch Ermittlungen sowie vordisziplinäre Maßnahmen (man denke nur an die Beförderungssperre wegen des laufenden Verfahrens) zu. Das ist dann die eigentliche Sauerei: Niemand, außer dem Personalrat und dem gewerkschaftlichen Rechtsschutz, steht dem Betroffenen bei. Bei dieser Sachlage ist es ohnehin unverständlich, dass es Kollegen im Außendienst ohne gewerkschaftlichen Rechtsschutz gibt, denn private Rechtsschutzversicherungen zahlen bei einem Vorsatzdelikt, wie es die KV im Amt nun einmal ist, eben nicht.

Wichtig ist uns, dass der Respekt gegenüber einem einschreitenden Polizeibeamten wieder vorhanden sein muss. Deshalb müssen Straftäter die volle Härte des Gesetzes spüren und die Gerichte vor allem auch den jetzt schon bestehenden Strafrahmen ausreizen. Bei Bewährungsstrafen sollte ein angemessenes Schmerzensgeld für den verletzten Kollegen bzw. die Kollegin bereits mit dem Strafurteil als Auflage ausgesprochen werden. Da bei einer Vielzahl unserer „Klienten“ mangels Masse (arbeitslos, drogen- oder alkoholabhängig und oft ohnehin über beide Ohren verschuldet) Vollstreckungsmaßnahmen leider sehr oft ins Leere laufen, können nur eine adäquate Strafandrohung und entsprechend harte Urteile eine Gegenwirkung erzielen. Auch breite Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, Akzeptanz für polizeiliche Maßnahmen allgemein in der Gesellschaft zu verankern und „Null Toleranz“ gegen Widerstandler zu erreichen, muss erfolgen. Hierauf arbeitet die GdP seit langem hin und ist froh über jeden, der unsere Forderungen unterstützt. Deshalb freut es uns, dass nun auch die DPoIG dieses Thema beackert und wir bieten jede Zusammenarbeit bei dieser wichtigen Angelegenheit an. (PSch)



## SPD-Konferenz „Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert“

München - (gdp) Harald Schneider war Teilnehmer an der Podiumsdiskussion zusammen mit dem ehem. Innenminister von Schleswig-Holstein, **Ralf Stegner**, dem Vizepräsidenten des Bayer. Landtags und Polizeiexperten der bayer. SPD, **Prof. Dr. Paul Gantzer** sowie dem innen- und

für Polizei und Justiz, damit eine verstärkte Kriminalitätsbekämpfung, zu der auch die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität sowie des Mehrwertsteuerbetrugs gehört, erfolgen kann. **Die Polizei ist zu stärken, der Rechtsstaat zu bewahren und Prävention zu fördern, so**

**sein** **Schluss-**  
**satz.**

Ralf Stegner stellte allen Datenschutzdiskussionen im Zusammenhang mit Sicherheitsgesetzen voran, dass er aus seiner Erfahrung als langjähriger Innenminister nur fordern kann, **kein** Misstrauen gegen Polizei, Verfassungsschutz und

den Firmen entlassen werden, sind die beste Kriminalprävention. Zu diesem Zweck sind auch die Jugendbehörden besser auszustatten und soziale Netzwerke einzurichten. Gesamtgesellschaftlich wichtig ist auch, Recht und Gesetz gegen alle – eben auch die Wirtschaftsbosse – durchzusetzen, nur so sei Respekt vor Vorschriften zu erreichen. Die beste Terrorbekämpfung ist eine gute Integrationspolitik, eindeutig ist die SPD gegen jede Militarisierung der Innenpolitik sowie auch gegen jede Art von Privatisierung von Sicherheitsaufgaben, so Stegner.

In der Podiumsdiskussion, in der es primär um die Sicherheitsgesetze und die Personalsituation in Bayerns Polizei ging, bezeichnete **Harald Schneider** die Polizeireform als Sparreform und wies auf die daraus resultierende Personalmisere und den Investitionsstau hin. Anschließend gab es noch einen Vortrag von **Frau Zypries**, der Bundesjustizministerin. Freiheit und Sicherheit dürften sich nicht gegenseitig ausschließen – aber statt ständig schärferer Eingriffe in die Freiheitsrechte sei die **Ausstattung von Polizei und Justiz im Personal- und Sachhaushalt zu verbessern**, auch eine bessere Zusammenarbeit insbesondere auch mit den Jugendbehörden, habe zu erfolgen. Das sei die beste Sicherheitspolitik. Im Rahmen ihrer Rede erläuterte sie auch die Vorratsdatenspeicherung, die aufgrund einer EU-Vorgabe nun für 6 Monate zu erfolgen habe und nur bei sog. Katalogstraftaten aufgrund richterlichem Beschluss an die Ermittlungsbehörden Daten fließen lasse sowie das BKA-Gesetz, das erstmals eine Rechtsgrundlage für das BKA bei der präventiven Terrorbekämpfung sowie die sog. Online-Durchsuchung nach den strengen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts enthalte. Insgesamt aus GdP-Sicht eine gelungene und informative Veranstaltung. (PSch)



**SPD-Spitzenkandidat Franz Maget mit dem GdP-Vorsitzenden Harald Schneider**

rechtspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Florian Ritter**. Die einführenden Referate des **SPD-Spitzenkandidaten Franz Maget** und des Landesvorsitzenden aus Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, waren Grundlage für die Diskussion. **Franz Maget** wies darauf hin, dass Prävention von Straftaten wichtiger sei, als deren nachträgliche Aufklärung, wenn man Opfer schützen und das Sicherheitsgefühl steigern will. Bildung sei die Hauptwaffe gegen Kriminalität und gerade was Ganztageschulen betrifft, ist Bayern im bundesweiten Vergleich Schlusslicht. Besonders auf die Belastungen des polizeilichen Schichtdienstes sowie den Wahlbetrug der CSU hinsichtlich ihrem damaligen Versprechen, die 40-Stundenwoche beizubehalten, wies Maget hin. Neben einer Verbesserung der Personalsituation forderte er auch eine bessere Sachausstattung

Justiz zu schüren. Die Beamten nutzen ihre Werkzeuge sehr verantwortungsvoll und motiviert. Vor dem Erlass ständiger neuer Rechtsnormen mahnte er zur Besonnenheit, eine absolute Sicherheit könne ohnehin nicht gewährleistet werden und Sicherheit darf andererseits nicht zu sehr in die persönliche Freiheit des Bürgers eingreifen. Wichtiger als ständig neue Rechtsingriffe sei die **Ächtung der Gewalt durch die Gesellschaft. Auch der Respekt vor der Arbeit des Öffentlichen Dienstes, insbesondere der Polizei, die zu jeder Tages- und Nachtzeit für den Bürger aktiv sei, muss uneingeschränkt in der Gesellschaft verankert sein.** Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe; Bildung, Arbeitsplatz und Wohnung sowie Perspektiven sowohl für junge Menschen als auch für die Älteren Arbeitnehmer, die von





## Service/Termine

Schirmherren:  
Bayerischer Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein  
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg Dr. Ulrich Maly

# Ball der Polizei

Samstag, 18. Oktober 2008 · 20 Uhr · Meistersingerhalle Nürnberg









[www.polizeifest.de](http://www.polizeifest.de)

# Winterurlaub

## Sind Sie urlaubsreif?



**5% Reisekostenzuschuss!**  
Es lohnt sich Mitglied der GdP zu sein.

Die **neuen Winterkataloge** von fast allen Veranstaltern liegen vor.

**Nutzen Sie die preisgünstigen Frühbucheprogramme** und die **5% Reisekostenzuschuss** für alle Mitglieder der GdP!




**Infos unter [www.swbayern.de](http://www.swbayern.de)**  
**Hotline: 089/57 83 88 24**

### Elterngeld: Väter gesucht für Online-Befragung


Die **GdP Bund** bittet alle Väter, die für 2007 bzw. 2008 Elterngeld bezogen haben oder gerade beziehen, um ihre Mithilfe. Unter [www.vaeter-in-elternzeit.de](http://www.vaeter-in-elternzeit.de) erfolgt eine anonymisierte Online-Befragung hinsichtlich Elterngeld und Inanspruchnahme der Elterngeldmonate durch den Vater. Wir unterstützen diesen Aufruf und bitten alle betroffenen Kollegen, hier mitzumachen. Die Untersuchung wird vom DGB sowie der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt und in deren Auftrag durch das Forschungs- und Beratungsinstitut SowiTra durchgeführt. Ziel ist es, das Arbeitsumfeld für Väter im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Elternzeit zu ermitteln und für die Zukunft gerade im Bereich der Privatwirtschaft mehr Verständnis für Väter zu erreichen.

15.10.2008  
19 Uhr


Verantwortung und Organisation: Gewerkschaft der Polizei (GdP)




# Blaulich party



Charly Thoma:  
089-290 80 - 278



Rainer Pechtold:  
089 - 290 80 - 246



Roland Bruder:  
089 - 330 61 - 221